

Antrag der Fraktion der CDU**Bremer Aktionsplan zur Integration ausländischer Roma vorlegen!**

Das Zuwanderungsgeschehen nach Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gekennzeichnet. Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens hat auch die Zuwanderung aus diesen beiden Ländern stark zugenommen: Sie stieg in Deutschland bis 2012 um 414,5 %. Etwa 413 000 Bulgaren und Rumänen leben und arbeiten derzeit in Deutschland. 5 900 von ihnen sind in Bremen und Bremerhaven gemeldet, viele von ihnen sind gut in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft integriert.

Wie der Bericht des Senats zur Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Osteuropa (Drs. 18/1302) deutlich macht, sind bei der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien auch Chancen- und Perspektivlosigkeit in der Herkunftsgesellschaft, Diskriminierung wegen ethnischer oder sozialer Herkunft, teils sogar rassistische Gewalt als Migrationsmotivation zu nennen. Im Falle der Diskriminierung wegen ethnischer Herkunft bildet die Gruppe der Roma die größte Minderheit. Sie leben in Südosteuropa, auch jenseits der EU-Länder, oftmals in Armut, haben vielfach keinen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung, zum Bildungssystem, keinen angemessenen Wohnraum. Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit gehören zur Lebensrealität.

Obwohl die Gefahr besteht, mit einer verallgemeinernden Beschreibung der Situation ausländischer Roma stereotype Zuschreibungen zu festigen, darf nicht ignoriert werden, dass bei etlichen Angehörigen dieser Volksgruppe besondere Problemlagen zu beobachten sind, die die Entwicklung zielgruppengenaue Lösungsangebote erfordern. Diese besonderen Bedarfe bestehen nicht für alle ausländischen Roma und insbesondere auch nicht für alle in der gleichen Weise. Bestimmte Bedarfe bestehen auch für andere Bevölkerungsgruppen. Es gilt daher Maßnahmen und Lösungen zu entwickeln, um in den Stadtteilen und den senatorischen Dienststellen auflaufende dringende Problemlagen zu erfassen und zu lösen, ohne dass dabei eine Stigmatisierung bestimmter Personengruppen vorgenommen wird.

Die Bundesregierung unterstützt in diesem Zusammenhang, die von der EU initiierten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Roma in Europa und sieht die Zuständigkeiten für die Umsetzung dieser Maßnahmen nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern und Kommunen.

Daher setzt sich die Bürgerschaft (Landtag) dafür ein, den vorgelegten Senatsbericht (Drs. 18/1302) um einen Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma zu ergänzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. August 2014 einen zwischen den Ressorts abgestimmten Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen und Zuständigkeiten zur Integration ausländischer Roma vorzulegen, welcher insbesondere folgende Punkte umfasst:
 - a) Die Mindestanforderungen für Wohnraum im Land Bremen in Anlehnung an die Regelungen in Nordrhein-Westfalen festzuschreiben, um die unzumutbare Überbelegung von Wohnungen und unseriöse Vermietungspraktiken zu vermeiden;

- b) Bildung eines Netzwerks von Krankenkassen, Sozialhilfeträgern, Ausländerämtern und Jobcentern, um Statusklärungen im Bereich medizinische Versorgung zu beschleunigen, und für die zuverlässige Finanzierung, z. B. von Geburten nicht krankenversicherter Frauen und die Notfallbehandlung hilfebedürftiger Patienten, Lösungsvorschläge zu erarbeiten;
 - c) zusätzliche aufsuchende Schutzimpfungen in Schulen durchzuführen, um Impflücken nach Zustimmung der Eltern zu schließen sowie sicherzustellen, dass auch nicht krankenversicherte Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen U2 bis U9 teilnehmen;
 - d) Sicherstellung der Wahrnehmung der Schulpflicht aller Kinder und Jugendlichen und Verzahnung der schulischen Angebote mit außerschulischen Lernorten, wie Ferienkursen, Praxislerngruppen, Jugendeinrichtungen und Erweiterung der Schulsozialarbeit auf eine besondere Unterstützung von Roma-Schülern und deren Familien;
 - e) zielgruppenspezifische Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und zum Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt zu entwickeln;
 - f) Schaffung aufsuchender und muttersprachlicher psychosozialer und gesundheitlicher Beratung für Menschen aus der Volksgruppe der Roma in der Prostitution und Verzahnung mit bereits bestehenden Angeboten;
 - g) Einrichtung einer in den betroffenen Stadtteilen einsetzbaren mobilen Beratungsstelle für ausländische Roma mit Angeboten, wie Erstorientierung, Konfliktintervention, Vermittlung in soziale Einrichtungen und Beratung in Wohnungsangelegenheiten;
 - h) Bildung und Stärkung der Selbsthilfestrukturen lokaler Roma-Organisationen;
 - i) Ergänzung bestehender Beratungsangebote gegen Diskriminierung um den Bereich Antiziganismus und Entwicklung von Projekten für einen gezielten Abbau von Vorurteilen gegen ausländische Roma.
2. diesen Aktionsplan mit zeitlichen Zielvorgaben und Finanzierungsmöglichkeiten, z. B. ESF, EFRE, FEAD oder Mitteln der Stadtgemeinden und des Landes Bremen zu unterfüttern.

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU